

ANTRAG

der Gruppe der FDP

Zukunftskompetenzen I – Initiative Finanzielle Bildung

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Ökonomische Bildung ist ein zentraler Baustein moderner Allgemeinbildung für mehr Chancengerechtigkeit, individuelle Selbstbestimmung und wirtschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.
2. Die Initiative Finanzielle Bildung, die im Laufe der 20. Legislaturperiode des Bundestages ins Leben gerufen wurde, hat bundesweit wichtige Impulse gesetzt.
3. Trotz der hohen Relevanz des Themas und der breiten gesellschaftlichen Zustimmung zur Förderung ökonomischer Bildung ist die Fortführung dieser Initiative im aktuellen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD nicht vorgesehen.
4. Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung haben 2024 den Vorschlag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für eine Nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland entgegengenommen. Nun ist es an der Zeit, diesen Vorschlag umzusetzen, da die meisten Staaten innerhalb der EU bereits eine Nationale Finanzbildungsstrategie haben.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Initiative Finanzielle Bildung weitergeführt und ausgebaut wird.
 2. dafür einzutreten, dass der Vorschlag für eine Nationale Finanzbildungsstrategie der OECD zeitnah umgesetzt wird.
 3. zu evaluieren, bilanzieren und zu berichten, inwiefern eine Teilnahme an dem internationalen Test „PISA Financial Literacy Assessment“, der von der OECD bei 15-jährigen Schülerinnen und Schülern durchgeführt wird, möglich ist.

René Domke und Gruppe

Begründung:

In einer zunehmend komplexen Finanzwelt wird fundierte ökonomische Bildung zu einem unverzichtbaren Bestandteil moderner Allgemeinbildung. Menschen müssen heute in der Lage sein, verantwortungsvoll mit Geld umzugehen, finanzielle Risiken zu erkennen, für das Alter vorzusorgen und informierte Konsumententscheidungen zu treffen. Besonders junge Menschen stehen vor großen Herausforderungen: Sie kommen immer früher mit digitalen Zahlungsmethoden, Krediten und Werbung für Finanzprodukte in Kontakt – oft, ohne über die nötigen Kompetenzen zur kritisch-reflektierten Einordnung zu verfügen. Aktuelle Zahlen belegen diese Problematik. Rund 80 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland geben an, in der Schule kaum etwas über Wirtschaft und Finanzen gelernt zu haben. Gleichzeitig fühlen sich viele im Umgang mit finanziellen Themen überfordert und unsicher. Die häufigsten Informationsquellen sind laut SCHUFA Jugend-Finanzmonitor das Elternhaus (73 Prozent), Medien (44 Prozent) und das Internet (42 Prozent). Diese sind jedoch in Qualität und Zugänglichkeit sehr unterschiedlich und können eine systematische, altersgerechte und praxisnahe ökonomische Bildung nicht ersetzen. Finanzielle Bildung fördert nicht nur die Eigenverantwortung und das Urteilsvermögen der Einzelnen, sondern stärkt auch die wirtschaftliche Stabilität. Wer wirtschaftliche Zusammenhänge versteht, ist weniger anfällig für Ver- und Überschuldung, kann Chancen besser nutzen, Risiken besser verstehen und sich sachkundig an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Prozessen und Debatten beteiligen. Damit ist finanzielle Bildung auch eine Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Ein chancengerechter Sozialstaat braucht mündige, informierte Bürgerinnen und Bürger – ökonomische Bildung ist ein Schlüssel dazu.

Die „Initiative Finanzielle Bildung“, die in der 20. Legislaturperiode des Bundestages gestartet wurde, stellte einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Deshalb ist es wichtig, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern Verantwortung übernimmt – im Sinne einer aktiven Rolle in der bundesweiten Bildungsdebatte. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Rahmen der 20. Legislaturperiode des Bundestages begonnene „Initiative Finanzielle Bildung“ weitergeführt wird.

Diese Initiative hatte erstmals auf nationaler Ebene eine strukturierte Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzielle Bildung angestoßen, Akteurinnen und Akteure vernetzt und praxisnahe Maßnahmen in die Wege geleitet. Ihr Abbruch bedeutet nicht nur einen inhaltlichen Rückschritt, sondern auch den Verlust wertvoller Impulse für Länder und Bildungseinrichtungen. Eine Wiederaufnahme und Weiterentwicklung ist daher im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Darüber hinaus soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass der von der OECD übergebene Vorschlag für eine nationale Finanzbildungsstrategie zeitnah umgesetzt wird. Die Strategie bietet einen international abgestimmten Rahmen für systematische, koordinierte Maßnahmen zur Stärkung finanzieller Bildung in Deutschland. Für Mecklenburg-Vorpommern eröffnet dies die Chance, sich an einem zukunftsfähigen, langfristig angelegten Bildungsrahmen zu beteiligen.

Zudem soll geprüft werden, inwiefern eine Teilnahme Mecklenburg-Vorpommerns am PISA-Testmodul „Students’ Financial Literacy“ möglich ist. Eine solche Teilnahme würde ermöglichen, belastbare Daten zum Stand der finanziellen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern im (inter-)nationalen Vergleich zu erhalten. Diese Ergebnisse könnten gezielt für die Weiterentwicklung von Bildungsinhalten, Lehrplänen, Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Fortbildungsangeboten genutzt werden – auf einer wissenschaftlich fundierten Grundlage. Länder wie Russland, Australien, die USA, Neuseeland, Estland, Belgien, Frankreich, Italien, Lettland, Polen, Kroatien, Spanien und die Tschechische Republik haben sich an der OECD-Studie beteiligt; Deutschland bisher noch nicht.